

Statement

zum Thema

„Erfahrungen aus dem BQF-Programm für die Weiterentwicklung der Berufsausbildungsvorbereitung“

**anlässlich der Fachtagung
„Kriterienkatalog Ausbildungsreife in Konzepten der Berufsausbildungsvorbereitung“**

am 21. Juni 2007 in Kassel

**Peter Munk
Bundesministerium für Bildung und Forschung**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie alle auch für das Bundesministerium für Bildung und Forschung noch einmal ganz herzlich zu dieser **Fachtagung im Rahmen der Transferphase** des BQF-Programms.

Ich habe in den letzten Wochen an einigen Veranstaltungen im Rahmen des Ergebnistransfers aus dem BQF-Programm teilgenommen und eine durchweg **erfreulich hohe Resonanz** festgestellt. Das freut mich natürlich, weil es uns zeigt, dass wir mit unserem Angebot in dieser Transferphase das Interesse und den Bedarf an Information bei vielen Kolleginnen und Kollegen der beruflichen Benachteiligtenförderung getroffen haben.

Seien Sie also herzlich willkommen zu unserer Fachtagung.

Mein besonderer Dank gilt natürlich den **Organisatoren dieser Veranstaltung**: dem INBAS Institut, der Transferstelle beim BIBB Frau Bylinski und der Bundesagentur für Arbeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das BMBF hat mit dem **BQF-Programm** und der jetzt laufenden **Transferphase** versucht, eine **Plattform für die Entstehung und Entwicklung neuer Ansätze** in der Benachteiligtenförderung zu bieten und damit die Chancen der Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf auf einen Berufsabschluss zu verbessern. Manchmal sind es auch alte, bewährte Ansätze, die aber auf die neuen Rahmenbedingungen angepasst werden müssen.

Es ist uns klar, dass damit nicht von einem Tag auf den anderen alle Probleme am Übergang in Ausbildung und Beschäftigung gelöst sind. Ich möchte aber in meinem Eröffnungsbeitrag auf **einige durchaus erfreuliche Entwicklungen** in der letzten Zeit hinweisen.

Natürlich werden wir auch damit nicht mehr den Zustand der siebziger Jahre erreichen, wo den meisten Abgängern aus Haupt- und Realschulen noch der unmittelbare Übergang von der Schule in eine betriebliche Berufsausbildung und damit der Erwerb eines qualifizierten Berufsabschlusses sowie danach der Übergang in eine Erwerbsarbeit gelang.

I.

Eines der **zentralen im BQF-Programm geförderten Projekte** war die gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit durchgeführte „**Entwicklungsinitiative: Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf**“. Über dieses Projekt ist es gelungen, die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit und damit eine wichtige Säule in der beruflichen Benachteiligtenförderung grundlegend neu auszurichten. Die bisherige Vielzahl nebeneinander stehender Fördermaßnahmen wurde aufgegeben und durch eine aufeinander aufbauende stufenweise Förderung und Qualifizierung ersetzt, die sich am individuellen Förderbedarf der Jugendlichen orientiert.

Die positiven Erfahrungen und Ergebnisse dieses Projekts haben entscheidend dazu beigetragen, dass sich die Bundesagentur für Arbeit bereits nach der Hälfte der Projektlaufzeit entschlossen hat, wesentliche Elemente der dort entwickelten und erprobten neuen Förderstruktur flächendeckend für alle von ihr geförderten berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen zu übernehmen. Ein entsprechendes neues Fachkonzept für diesen Förderbereich wurde bereits im Januar 2004 veröffentlicht und Anfang 2006 weiter entwickelt. Dieses Konzept ist beispielsweise auch die inhaltliche Grundlage geworden für das in NRW geplante Projekt „Ein-Topf“ zur Schaffung eines einheitlichen regionalen Übergangssystems.

Durch das BQF-Programm konnten auch in der **Berufsvorbereitung an den beruflichen Schulen** wesentliche strukturelle und inhaltliche Verbesserungen erzielt werden. Mit großem Erfolg wurden fünf Länderprojekte in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Hessen und im Saarland abgeschlossen, bei denen es schwerpunktmäßig um eine stärkere Praxis- und Betriebsorientierung und dabei um die Entwicklung und den Einsatz von Qualifizierungsbausteinen in der schulischen Berufsvorbereitung ging. In einigen Ländern sind die erprobten Ansätze auch schon in das schulische Regelsystem übernommen worden, beispielsweise in Rheinland-Pfalz und Hessen.

Durch das BQF-Programm wurden **Qualifizierungsbausteine** als zentrales Instrument in der Berufsvorbereitung etabliert. Durch den Einsatz von Qualifizierungsbausteinen, die sich an anerkannten Ausbildungsberufen orientieren, werden die Förderangebote stärker auf die betriebliche Praxis ausgerichtet und die Einbindung von Betrieben verstärkt. Berufsvorbereitung und anschließende Ausbildung werden dadurch besser miteinander verknüpft und die Ausbildungschancen der Jugendlichen verbessert. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die bundeseinheitlichen Qualifizierungsbausteine für das Handwerk zu erwähnen. Über 120 Bausteine aus 23 Handwerksberufen wurden im Rahmen des BQF-Programms

entwickelt. Sie kommen im Handwerksbereich beispielsweise in der betrieblichen Einstiegsqualifizierung Jugendlicher, zum Einsatz.

Schließlich hat das BQF-Programm einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die Ausbildungssituation von jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Im Rahmen dieses Programms wurden zehn lokale bzw. regionale **B**erufliche **Q**ualifizierungs**N**etzwerke für Migrantinnen und Migranten - so genannte

BQN - gefördert. Ziel der BQN war es, die vereinzelt Aktivitäten der Akteure im Feld der beruflichen Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zusammenzuführen und vor Ort ein integriertes Handlungskonzept zu entwickeln und zu erproben. Das bedeutet, dass die lokalen Akteure Schulen, Kammern, Agenturen für Arbeit, kommunale Einrichtungen, ARGEN und Optionskommunen, Bildungsträger und Migrantenorganisationen einschließlich der Elternvereine auf Dauer verstärkt zusammenarbeiten, um eine erfolgreiche berufliche Integration der Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu erreichen.

II.

Meine Damen und Herren,

Was hat sich seit Ende des BQF-Programms in der beruflichen Bildung getan, welche **Entwicklungen** sind für das Themenfeld Berufsvorbereitung **wichtig**?

Erstens bleibt für die berufliche Integration aller Jugendlichen, die eine Berufsausbildung anstreben, nach wie vor ein **ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen** die wesentliche Grundlage. Ohne dass ich jetzt auf Gründe und Ursachen eingehen will, bleibt festzuhalten, dass wir eine günstige Entwicklung im letzten Jahr hatten und , wie es derzeit aussieht, auch weiterhin in diesem Jahr haben werden. Allerdings stand dem Aufwuchs der Ausbildungsverhältnisse insbesondere in den Industrie- und Handelskammern auch eine Zunahme an Jugendlichen, die zu Beginn des Ausbildungsjahres noch ohne eine konkrete Perspektive waren gegenüber. Damit wurde einmal mehr deutlich, dass es in unserem Land eine hohe Zahl jungen Männer und Frauen gibt, die eine Berufsausbildung beginnen wollen, denen dies aber erst im zweiten oder dritten Anlauf gelingt.

Im ersten Nationalen Bildungsbericht wurde uns das allen durch die Zusammenführung der Zahlen zum Übergangssystem sehr eindringlich sichtbar gemacht. Wir können schon heute gespannt sein, was uns das Konsortium im zweiten Bericht im Jahr 2008 aufschreiben wird, für den das Thema „Übergänge“ als Schwerpunkt ausgewählt wurde.

Die jüngste Umfrage des DIHK ergab bei insgesamt 10.000 Unternehmen, dass allein in diesem Bereich bis Ende Mai 12.000 Ausbildungsverträge mehr abgeschlossen wurden als zum gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dieser erfreuliche Stand hat durchaus etwas zu tun mit der gegenwärtig sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Allerdings droht nach Einschätzung von Wirtschaftsverbänden der Mangel an Facharbeitern den wirtschaftlichen Aufschwung zu bremsen, nach Ansicht des DIHK hat im verarbeitenden Gewerbe bereits mehr als die Hälfte der Firmen Probleme, Stellen zu besetzen.

Meine Damen und Herren,

ich verweise auf diese Tatbestände so ausführlich, weil sie meines Erachtens eine **große Chance auch für benachteiligte Jugendliche** sein können, wenn wir sie in Schule und Berufsvorbereitung so fit machen, dass sie für Ausbildungsbetriebe interessant sind. Denn es liegt im ureigenen Interesse der Betriebe, dass sie in hohem Maße in die berufliche Aus- und Weiterbildung des Fachkräftenachwuchses investieren und dieses Engagement sogar noch ausbauen. Denn vor allem die Unternehmen, die sich in der Ausbildung des Nachwuchses engagieren, werden später auch die hervorragenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, mit denen sie den Wettbewerb um die besten Wirtschaftsergebnisse bestehen können. Das gilt mit Blick auf die demografische Entwicklung in den nächsten Jahren auch für Jugendliche, die auf den ersten Blick die Anforderungen der Betriebe nicht erfüllen können, später aber, wie viele Beispiele belegen, zu Stützen der betrieblichen Arbeit werden.

Deshalb wird in den nächsten Jahren auch bei den Betrieben der Zwang wachsen, alle Begabungspotenziale auszuschöpfen und auch benachteiligten Jugendlichen eine Chance zu geben. Allerdings müssen wir das Problem lösen, dass Jugendliche mit schlechteren Startchancen, vor allem diejenigen ohne oder mit schwachem Schulabschluss, zunehmend Probleme mit den gestiegenen beruflichen Qualifikations- und Leistungsanforderungen an die zukünftigen Fachkräfte haben.

Da Frau Schober in ihrem Beitrag auf das Thema Ausbildungsreife zu sprechen kommt, will ich an dieser Stelle darauf nicht weiter eingehen.

Meine Damen und Herren,

zweitens möchte ich auf die Ergebnisse des „Nationalen **Pakt für Ausbildung** und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ verweisen. Bundesregierung und Wirtschaft haben sich darin - in enger Zusammenarbeit mit den Ländern - verpflichtet, allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Angebot auf Ausbildung bzw. Qualifizierung

zu unterbreiten. Die letzten Steigerungen der Ausbildungsverträge haben bestätigt, dass die vielfältigen Aktivitäten zur Gewinnung von neuen Ausbildungsbetrieben und Ausbildungsplätzen im Rahmen des Ausbildungspaktes wirken. Bundesregierung und die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben im März den Pakt um weitere drei Jahre verlängert.

Es geht dabei aber nicht nur um die reine Steigerung der Ausbildungsleistungen der Betriebe, sondern zunehmend auch um Perspektiven für den Einstieg in die berufliche Ausbildung und das Berufsleben für Jugendliche mit schlechteren Startchancen. Dazu gehört dann auch die zielgenaue Vermittlung in Ausbildung und ein **Gesamtkonzept „Berufswegeplanung ist Lebensplanung“** gemeinsam mit den Ländern. Eine entsprechende Arbeitsgruppe hat sich bereits unter Leitung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zusammen gefunden.

Drittens stehen wir auch qualitativ in der beruflichen Bildung vor großen Herausforderungen: Frau BM Schavan hat deshalb einen **Innovationskreis berufliche Bildung** einberufen. Unter Einbeziehung der Wirtschaftsverbände, der Gewerkschaften und der Länder soll er bis zum Sommer 2007 konkrete Maßnahmen und Vorschläge zur strukturellen Verbesserung der beruflichen Bildung erarbeiten. Einer der wesentlichen Vorschläge ist die Entwicklung und Erprobung eines Systems von Ausbildungsbausteinen, um insbesondere Altbewerbern um einen Ausbildungsplatz den Einstieg ins duale Ausbildungssystem zu ermöglichen. Die Grundprinzipien des dualen Systems – Berufskonzept und Abschlussprüfung – bleiben in diesem Konzept unberührt. Die kompetenzorientierten Ausbildungsbausteine sollen aus Ausbildungsordnungen des dualen Systems entwickelt werden und bundesweit standardisiert sein. Sie sollen für sich zertifiziert und angerechnet werden können. Das BMBF bereitet gegenwärtig ein entsprechendes Erprobungsprogramm vor.

In einer **Arbeitsgruppe „Übergangsmanagement“** des Innovationskreises wurden Wege diskutiert, wie unter den schwierigeren Rahmenbedingungen der letzten Jahre der Übergang junger Menschen von der Schule in Ausbildung und Beruf erfolgreicher gelingen kann. Die Experten waren sich einig, dass den gestiegenen beruflichen Qualifikations- und Leistungsanforderungen unzureichende Fähigkeiten und Leistungen der Ausbildungsplatzplatzbewerberinnen und -bewerber in den traditionellen Kulturtechniken und Wissensbereichen gegenüber stehen. Dieser sich weiter öffnenden Schere muss vor allem durch eine bessere und effizientere schulische Qualifizierung und Ausbildungsvorbereitung begegnet werden.

III.

Meine Damen und Herren,

ein Teil dieser Vorschläge sind noch Zukunftsmusik, andere werden bereits durch die verschiedenen Akteure auf diesem Feld in Angriff genommen. Lassen Sie mich einige der bereits in Umsetzung befindlichen nennen:

Im Juli 2006 hat Frau Bundeskanzlerin Merkel zum **ersten Integrationsgipfel** eingeladen. Was als Zusammenkunft im Bundeskanzleramt begann, hat in den vergangenen Monaten eine lebhaftere Entwicklung auf allen Ebenen unserer Gesellschaft ausgelöst. Im Kreis von Migrantinnen und Migranten, von Vertretern der Bundesregierung, der Länder und Kommunen, der Kultur, des Sports, der Wissenschaft, der Medien und des bürgerschaftlichen Bereichs, der Kirchen und Sozialpartner gibt es eine Verständigung, gemeinsam einen Nationalen Integrationsplan zu erarbeiten. Dabei ist Integration durch Bildung und Ausbildung ein wesentlicher Schwerpunkt. Junge Migranten benötigen auf ihrem Weg in Ausbildung und Beruf unsere besondere Unterstützung, damit sie in der Berufs- und Arbeitswelt dauerhaft Fuß fassen können.

Auch und gerade für diese sehr heterogene Gruppe der Jugendlichen gilt die Zielsetzung "Niemand zurück lassen, adressatengerechte Ausbildungschancen entwickeln". Beispielsweise hat auch das Schwerpunktthema „Migration“ des Nationalen Bildungsberichts sehr deutlich sichtbar gemacht, dass gerade auch bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein von uns bislang zu wenig genutztes Potential liegt. Es ist geplant, im Juli diesen Jahres den Integrationsplan mit konkreten Maßnahmevorschlägen beim zweiten Integrationsgipfel vorzustellen.

Auch bei der Forderung, die Jugendlichen möglichst **frühzeitig und praxisbezogen auf Ausbildung und Beruf vorzubereiten**, kommen wir derzeit weiter voran. Die Zusammenarbeit von Schulen und Betrieben ist in den letzten Jahren selbstverständlicher geworden. In einer **gemeinsamen Erklärung der Partner des Ausbildungspaktes** und der **Präsidentin der Kultusministerkonferenz** vom 14.07.2006 wurde die nachhaltige Reduzierung der Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss und ohne ausreichende berufsqualifizierende Fertigkeiten bis 2013 vereinbart. Die Paktpartner haben dieses Ziel mit der neuen Vereinbarung nochmals bekräftigt.

Zahlreiche Projekte an der Schnittstelle Schule – berufliche Ausbildung zeigen, dass es gelingen kann, durch Praxiserfahrungen wieder zum Lernen zu motivieren.

- **z.B. Praxisklassen**, die Schulunterricht mit einer intensiven Betreuung und Praxisphasen im Betrieb verbinden, sind ein Modell. Die Bundesagentur für Arbeit prüft gemein-

sam mit den Ländern die Möglichkeit der Förderung in regional und zeitlich begrenzten Modellprojekten. Hier ist auch eine verstärkte Lernortkooperation zwischen Schulen und Bildungszentren der Wirtschaft möglich, für die gegenwärtig eine Initiative des BMBF vorbereitet wird.

- Bund, Länder und Wirtschaft schlagen den gezielten **Einsatz von Paten** für Schülerinnen und Schüler ab der 8. Klasse Hauptschule vor sowie den intensiveren Einsatz von **Mentoren aus der betrieblichen Praxis**, die vor Ort in den Schulen mit deren Unterstützung tätig werden. Im Rahmen eines breiten Engagements der Bürger können sich insbesondere ehemalige Fach- und Führungskräfte in solche Mentorenprogramme einbringen.
- Auch das bundesweite Programm „Schule-Wirtschaft-Arbeitsleben“, das das BMBF gemeinsam mit den Ländern durchführte, hat viele neue Ansätze verbesserter Berufsorientierung erbracht (z.B. den bereits erwähnten Berufswahlpass). Das Programm wird derzeit evaluiert.

Die **Bundesagentur für Arbeit (BA)** wird nach eigenen Angaben ihre Anstrengungen erheblich verstärken, um junge Menschen, die die Schule ohne Schulabschluss bzw. ohne die für eine Ausbildung erforderlichen Voraussetzungen verlassen, an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt heranzuführen. Dieses Vorhaben hat die BA auch als einen Beitrag in die Arbeitsgruppe „Übergangsmanagement“ im Rahmen des Innovationskreises „Berufliche Bildung“ eingebracht. Diesem Ziel dient auch die derzeit im Gesetzgebungsverfahren beratene Änderung des § 33 im SGB III mit dem Ziel einer erweiterten Berufsorientierung.

Meine Damen und Herren,

die Vorschläge des BQF-Programms zur Verbesserung der Angebote zur **Berufsausbildungsvorbereitung** wurden nicht nur vom Innovationskreis berufliche Bildung aufgegriffen, sondern finden zum Teil Eingang in die gegenwärtig vorbereitete SGB III – Änderung. Kern ist es, die Berufsausbildungsvorbereitung stärker mit einer anschließenden Berufsausbildung zu verzahnen. Die Jugendlichen sollen möglichst **praxisnah** in enger Zusammenarbeit mit Betrieben so qualifiziert werden, dass sie konkrete und unmittelbare **Anschlussperspektiven** an eine Berufsausbildung erhalten. Auch für die Betriebe ist dies von Vorteil. Sie lernen so die Potenziale der Jugendlichen kennen und gewinnen frühzeitig den Fachkräftenachwuchs, den sie mittelfristig dringend benötigen werden. Das **Übergangspanel**, das wir seit 2004 mit Hauptschulabgängern durchführen lassen, belegt diese Effekte selbst bei nicht erworbenen Schulabschluss. Im SGB III wird deshalb jetzt die Möglichkeit geschaffen, sozial-

pädagogische Begleitung und organisatorische Unterstützung bei betrieblicher Berufsausbildungsvorbereitung zu fördern.

Qualifizierungsbausteine haben sich in diesem Zusammenhang als ein **wichtiges Instrument** für eine an Ausbildungsordnungen orientierte Berufsausbildungsvorbereitung erwiesen. Es ist sehr erfreulich, dass auch zahlreiche Länder **verstärkt Qualifizierungsbausteine in der schulischen Berufsausbildungsvorbereitung** einsetzen und die Zusammenarbeit mit Betrieben suchen. Dies hat eine ebenfalls im Rahmen der Transferphase durchgeführte Tagung letzte Woche in Frankfurt am Main sehr eindrucksvoll bestätigt.

Durch Qualifizierungsbausteine haben wir vor allem auch Betrieben die Möglichkeit eröffnet, sich in der Berufsausbildungsvorbereitung zu engagieren. Auch in der im Ausbildungspakt vereinbarten Einstiegsqualifizierung Jugendlicher im Rahmen des so genannten EQJ-Programms des Bundes sind Qualifizierungsbausteine ein zentrales Element und wichtiges Bindeglied zu einer sich anschließenden Berufsausbildung. Das BMBF unterstützt deshalb auch die Bemühungen, EQJ als Fördermaßnahme im SGB III zu verstetigen.

Eine wesentliche Forderung des BQF-Programms und des Innovationskreises Berufliche Bildung ist es, die **vorhandenen Förderangebote effizienter zu gestalten** und die verschiedenen Förderbereiche **besser miteinander zu verknüpfen**.

Die Vielzahl der **Fördermaßnahmen, die alle einzeln für sich gebraucht werden, müssen vor Ort stärker miteinander abgestimmt werden**. Hierzu muss die Zusammenarbeit zwischen den allgemein- und berufsbildenden Schulen, der Bundesagentur für Arbeit, Bildungsträgern, Betrieben und kommunalen Verantwortungsträgern verbessert werden. Das BMBF wird in den nächsten Jahren im Rahmen seiner Bemühungen im Bereich der beruflichen Qualifizierung junger Menschen mit besonderem Förderbedarf entsprechende Initiativen unterstützen. Hier sollen auch die von den BQN erprobten Ansätze einfließen.

Als letztes möchte ich die Zielstellung nennen, die **Arbeitsmarktchancen von an- und ungelernten jungen Erwachsenen durch die Schaffung beschäftigungsbegleitender Qualifizierungsmöglichkeiten mit der Option eines anerkannten Berufsabschlusses nachhaltig zu verbessern** und ihnen dadurch eine "zweite Chance" zu eröffnen. Obwohl ein vielfältiges Förderinstrumentarium vorliegt, stagniert die Verbreitung der beruflichen Nachqualifizierung in Deutschland auf einem quantitativ bescheidenem Niveau. Das BMBF möchte deshalb in den kommenden Jahren gemeinsam mit den auf diesem Feld Agierenden eine neue Initiative ergreifen, die die Zahl der Un- und Angelernteten zukünftig deutlich reduzieren hilft.

Das im Innovationskreis Berufliche Bildung vorgeschlagene System von Ausbildungsbau-
steinen zur Erleichterung der Übergänge in eine reguläre duale Ausbildung greift auch auf
die Erfahrungen aus der Nachqualifizierung zurück und ich erhoffe mir andererseits aus die-
ser Entwicklung auch positive Impulse für die Nachqualifizierung.

In all den genannten neuen Initiativen werden migrationsspezifische Aspekte – so wie sich
alle Beteiligten im Integrationsgipfel verständigt haben - eine erhebliche Gewichtung haben.

Meine Damen und Herren,

mit dem **BQF-Programm** hat das BMBF von 2001 bis 2006 die strukturelle und inhaltliche
Weiterentwicklung der beruflichen Benachteiligtenförderung in all diesen Facetten intensiv
unterstützt. Mit der im September 2006 begonnenen und bis Ende August 2007 laufenden
Transferphase wollen wir erreichen, dass Erfolg versprechende Projektergebnisse weiter
genutzt werden. Eine solche „Weiternutzung“ bezieht sich zum einen auf die Verbreitung
transferwürdiger und transferfähiger Ergebnisse und zum anderen auf ihre strukturelle Ver-
ankerung. Auf diese Weise soll sicher gestellt werden, dass der während der Programmum-
setzung begonnene Transfer fortgeführt wird und die erzielten Ergebnisse über die Pro-
grammlaufzeit hinaus wirken.

Ich wünsche der heutigen, in diesem Kontext stattfindenden Tagung einen erfolgreichen Ver-
lauf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!